



REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
Pr. Zl. 5901/7-Präs. 1/1-1975

2215 / A. B.
zu 2169 / J.
Präs. am 5. AUG. 1975

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Sandmeier, Dr. Mock, Dr. Gasper-
schutz, Dr. Bauer und Genossen, Nr. 2169/J-
NR/1975 vom 1975 06 11: "Personalpolitik
im Bereich des Bundesministeriums für Ver-
kehr".

Zur obigen Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Ein Vergleich der Anzahl der am 20. April 1970 bestandenen "Organi-
sationseinheiten" mit jener zum 1. Juni 1975 - der Stichtag wurde
zur Schaffung einer einheitlichen Vergleichsbasis in den einzelnen
Ressorts so gewählt - ermöglicht keine Aussage darüber, ob die
Verwaltung nach den für sie geltenden Grundsätzen, unter anderem
auch dem der Sparsamkeit, geführt wurde, weil sich in der Zwischen-
zeit eine Reihe von Kompetenzverschiebungen ergab und dem Bund Auf-
gaben übertragen wurden, die in einer - allenfalls auch neu zu-
schaffenden - Organisationseinheit besorgt werden müssen. Überdies
ist mit 1. Jänner 1974 das Bundesministeriengesetz in Kraft getreten,
das neben Kompetenzänderungen eine nach sachlichen Grundsätzen
organisierte Einrichtung der einzelnen Zentralstellen des Bundes
vorschreibt. Auf Grund dieses Bundesgesetzes haben sich organisato-
rische Veränderungen ergeben, weil es schließlich eines seiner
Hauptanliegen war, sicherzustellen, daß materiell zusammengehörige
Angelegenheiten jeweils in einer Organisationseinheit zusammengefaßt
werden.

Die Vermehrung der Organisationseinheiten bei der Sektion III resul-
tiert aus der am 1.1.1974 in Kraft getretenen Neuorganisation der
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung. Diese
erfolgte auf Grund von Empfehlungen der Betriebsberatungsgesell-
schaft RATIO unter Berücksichtigung des Bundesministeriengesetzes
1973.

Zu den Fragen 1 und 2:

Das Bundesministerium für Verkehr,
ohne die Generaldirektion für die
Post- und Tel.Verwaltung

Die Generaldirektion für
die Post- und Tel.Verwaltung

	umfaßt derzeit	umfaßte im Jahre 1970	umfaßt derzeit	umfaßte im Jahre 1970
Sektionen	5	4	1	1
Gruppen	4	4	5	4
Abteilungen	32	29	23	15
Referate	7	3	51	-
sonstige Ein- richtungen im Sinne des § 7 BMG	3	2	-	-
nachgeord- nete Dienst- stellen	3	1	2719	2746

Zu Frage 3:

Seit dem 20. April 1970 wurden im Bundesministerium für Verkehr
112 leitende Funktionen neu besetzt und zwar:

84 im Bereich der Generaldirektion für die Post- und Telegraphen-
verwaltung und 28 im übrigen Bereich des Bundesministeriums für
Verkehr (Präsidium, Sektion I, II und IV). Von diesen Funktions-
betrauungen erfolgten 5 nach dem Inkrafttreten des Ausschreibungs-
gesetzes, BGBl.Nr. 700/1974. Sie wurden demgemäß nach einen vor-
angegangenen Ausschreibungsverfahren auf Grund der Bestimmungen
des o.a. Ausschreibungsgesetzes besetzt.

Zu Frage 4:

Für die Sektions-, Gruppen- und Abteilungsleiter der General-
direktion für die Post- und Telegraphenverwaltung wurde im Ein-
vernehmen mit dem Zentralausschuß der Personalvertretung der Post-
und Telegraphenverwaltung im Zusammenhang mit der neuen Organi-
sationsgliederung der Postverwaltung ständige Vertreter bestellt.

Im übrigen Bereich des Bundesministeriums für Verkehr wird die Stellvertretung endgültig durch die auf Grund des Bundesministerien-gesetzes zu erlassende Geschäftsordnung geregelt werden. Die interministeriellen Besprechungen unter dem Vorsitz des Bundeskanzleramtes zwecks Ausarbeitung einer Mustergeschäftsordnung, welche dann auf die Bedürfnisse der einzelnen Bundesministerien anzugleichen wäre, sind noch nicht abgeschlossen. Bis zur Erlassung einer solchen Geschäftsordnung bleiben die bisherigen Vertretungsbefugnisse in Kraft. Die Personalvertretung wird mit der neuen Geschäftsordnung befaßt werden.

Zu Frage 5:

Bis zum Herbst 1975 werde ich keine Veränderungen in der Leitung der Sektionen und Abteilungen bzw. Gruppen und Referate vornehmen. Lediglich die Funktion des Leiters der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge wird, da der bisherige Leiter verstorben ist, nach Durchführung des Ausschreibungsverfahrens neu besetzt werden.

Zu Frage 6:

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Ausschreibung von Leiterfunktionen, die durch Pensionierungen zum Jahreswechsel 1975/76 vakant werden, werde ich mich an den Bestimmungen des § 2 Abs. 2 des Ausschreibungsgesetzes, BGBl.Nr. 700/1974, orientieren, die eine Ausschreibung "möglichst drei Monate" vor dem Freiwerden der Funktion vorsehen. Ähnlich werde ich auch hinsichtlich der Namhaftmachung der Mitglieder der Kommission vorgehen, weil es zu den Aufgaben dieser gehört, die eingelangten Bewerbungsgesuche zu prüfen und sich - soweit erforderlich, im Rahmen einer persönlichen Aussprache mit dem Bewerber - einen Eindruck über dessen Gesamtpersönlichkeit zu verschaffen.

Zu Frage 7:

Ich habe nicht die Absicht, vor dem 5. Oktober 1975 Veränderungen der Geschäftseinteilung vorzunehmen.

Zu Frage 8:

Im Zusammenhang mit der Frage 9 verstehe ich die vorliegende Frage so, daß es sich auf jene Personen bezieht, die nicht dem Personalstand des Bundes angehören.

In meinem Ressort sind folgende Personen in Verwendung, die weder Beamte noch Vertragsbedienstete des Bundes sind:

Dkfm. Irene Katlein; Bedienstete der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien; hat gebeten, von einer Übernahme in den Personalstand des Bundesministeriums für Verkehr Abstand zu nehmen; Sekretärin des Bundesministers für Verkehr.

Franz Billisich; Progress-Werbung, Werbe- und Verlagsges.m.b.H.; hat ebenfalls gebeten, vorläufig von einer Übernahme in den ho. Personalstand Abstand zu nehmen, Der Genannte ist der ho. Presseabteilung zugeteilt und erledigt publizistische Sonderaufgaben, insbesondere im Hinblick auf die seit 1.1.1974 neu zugewachsene Kompetenz Straßenverkehrs- und Kraftfahrwesen.

Die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes wurden eingehalten.

Zu Frage 9:

Seit dem 7. März 1974 wurden folgende in Betracht kommende Sonderverträge, Konsulentenverträge, Werkverträge und Arbeitsleihverträge abgeschlossen:

I.) Im Bereich der Sektionen Präsidium, I, II und IV:

mit Dipl.Ing. Dr. techn. Grasl Lukas, Sondervertrag gemäß § 36 Vertragsbedienstetengesetz abgeschlossen am 5.9.1974. Der Genannte ist als Schwachstromtechniker bei der Sektion II tätig,

mit Dipl.Ing. Leinschitz Peter, Sondervertrag abgeschlossen am 28. April 1975. Der Genannte ist als Schifffahrtstechniker bei der Obersten Schifffahrtsbehörde tätig. Beide Verträge sind noch aufrecht. Die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes wurden eingehalten.

II.) Im Bereich der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung wurden

a) Sonderverträge auf Grund des § 36 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 abgeschlossen mit:

1) Fernmeldezentralinspektor i.R. Ing. Mathias Brugger, Sondervertrag abgeschlossen mit 15. Juli 1975. Der Genannte ist als Bauleiter für die Errichtung eines Richtfunk-Sekundärnetzes Patscherkofel-Pfänder (Bauvorhaben im Rahmen der Olympischen Winterspiele 1976) tätig.

2) Irmtraud Hohenwarter,
Gundrun Hohenwarter,
Edeltraud Knafl-Solnier,
Cäcilia Versnik,
Anneliese Schweiger,
Elisabeth Wolte,
Johanna Marx,
Dorothea Wieser.

Bei den Genannten handelt es sich um Saisonarbeitskräfte für das Posterholungsheim Heiligenblut.

b) Werkverträge wurden abgeschlossen mit:

1) Arch. Ing. Ludwig Hammerschmid, Wirksamkeitsbeginn 1.1.1974,
Arch. Dipl. Ing. Heinz Lawugger, Wirksamkeitsbeginn 1.1.1974.
In beiden Fällen handelt es sich um Bauleiter der Bauvorhaben bei der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und das Burgenland.

2) Günther Müller,
Otto Ulrich,
Stepan Tesareck,
Gabor Illes.

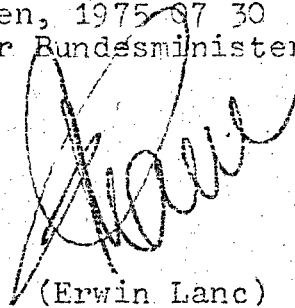
Bei den Genannten handelt es sich um Lehrkräfte bzw. Sportausbildner für die Lehrlinge der Post- und Telegraphendirektion.

3) Dr. med. Eberhard Stucklik, Anstaltsarzt bei der Post- und Telegraphendirektion für Oberösterreich und Salzburg.

Von den unter lit. a) erwähnten Sonderverträgen ist der mit Fernmeldezentralinspektor i.R. Reg.Rat Ing. Mathias Brugger, von den unter lit. b) angeführten Werkverträgen sind die mit Arch. Ing. Ludwig Hammerschmid, Günther Müller, Otto Ulrich, Stepan Tesarek, Gabor Illes und Dr. med. Eberhard Stuchlik noch aufrecht.

Die Personalvertretung wurde entsprechend befaßt. Kopien der vorgenannten Verträge werden u.a. angeschlossen.

Wien, 1975-07-30
Der Bundesminister:



(Erwin Lanc)

Der Anfragebeantwortung sind umfangreiche Beilagen angeschlossen, die in der Parlamentskanzlei zur Einsicht aufliegen.